

Richters gewagt, ein Urteil zu ihren Gunsten zu fällen" (*Anmerkung d. Ü.: Dieses Zitat entstammt einem heimlich auf einem Tonband aufgezeichneten Gespräch zwischen Senator Saifur Rehman, Chef einer mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Regierungsbehörde zur Bekämpfung der Korruptions- und Steuerkriminalität, und Shakilur Rehman, Eigentümer der 'Jang'-Gruppe. Die Aufzeichnung wurde bei Protestveranstaltungen der Journalisten- und Medienverbände mehrfach öffentlich vorgespielt. Die meisten Zeitungen druckten den Inhalt des brisanten Dialogs außerdem als Dokumentation ab. Denn wie das Band belegt, verlangt der Senator im weiteren Verlauf des Gesprächs mit dem Verleger, daß dieser eine ganze Reihe seiner besten und bekanntesten Redakteure entlassen soll. Namentlich genannt werden u. a. Maleeha Lodhi, Chefredakteurin der Islamabad-Ausgabe von 'The News', Kamila Hyat, Chefredakteurin der Lahore-Ausgabe von 'The News' und Irshad Ahmed Haqqani, Chefredakteur des 'Jang' in Lahore. Auch eine Wunschliste mit den Namen der Nachfolger präsentiert der Politiker. "Danach", so heißt es auf dem Band aus dem Munde des Senators wörtlich, "können wir Ihre Probleme mit dem Zeitungspapier, mit den eingefrorenen Konten und den Steuerangelegenheiten sofort lösen").*

Der oppositionelle Senator Aitzaz Ahsan stellte daraufhin öffentlich die Frage: "Warum werden Steuerfälle ausschließlich selektiv verfolgt? Warum unternimmt niemand etwas gegen den Premierminister, der im vergangenen Jahr nicht mehr als 477 Rupien (*Anmerkung d. Ü.: etwa 14,50 DM*) Steuern gezahlt hat? Oder gegen Senator Saifur Rehman, der gar keine Steuern zahlte?"

Die Vorwürfe wegen angeblichen Steuerhinterziehungen erscheinen auch insbesondere vor dem Hintergrund des vorgeschlagenen Kuhhandels von Senator Saifur Rehman an die Adresse des 'Jang'-Eigen-

tümers Shakilur Rehman in einem trüben Licht: Entlasse und ersetze bestimmte Journalisten, unterstütze die Regierung bei bestimmten politischen Themen, veröffentliche keine negative Geschichten über die Familie des Premierministers und deren Geschäftsinteressen - und die Steuerklagen werden zurückgezogen.

Die Regierung war bisher nicht in der Lage, glaubwürdig zu widerlegen, daß diese Forderungen und Drohungen tatsächlich in dieser Form geäußert wurden. Stattdessen machte Informationsminister Mushaid Hussain den halbherzigen Vorschlag, zur Klärung des Falls einen mit führenden Parlaments- und Senatsabgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Journalisten besetzten fünfköpfigen Untersuchungsausschuß ins Leben zu rufen.

Nach weitverbreiteter Ansicht nimmt sich die Regierung nun den Kampf gegen die Presse vor, nachdem alle übrigen Schlüsselinstitutionen im Staat schon in der Vergangenheit einen Maulkorb verpaßt bekamen. Deshalb ist es ein begrüßenswerter Schritt, daß die Dachverbände der Journalisten und Zeitungsverleger die 'Jang'-Gruppe unterstützen und vor Gericht wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit Klage eingereicht haben. Denn vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse steht nicht das Überleben eines einzelnen Verlages auf dem Spiel, sondern das der Pressefreiheit und der Demokratie insgesamt. Und zwar, weil in der Tat die in vielen Kommentaren geäußerte Analyse zutrifft, daß sich keine andere Zeitung lange gegen das Diktat der Regierung stemmen kann, wenn die 'Jang'-Gruppe einmal kapituliert hat.

(Die Autorin ist Chefredakteurin der in Lahore erscheinenden englischsprachigen Zeitung 'The News on Sunday'. Das Blatt gehört zur 'Jang'-Verlagsgruppe, die im Zentrum des derzeitigen Machtkampfes zwischen Presse und Regierung steht. Übersetzung: Jorge Scholz)

Welchen Weg wird ein nukleares Pakistan gehen?

von Khaled Ahmed

Die Regierung Nawaz Sharif hat die Armee aufgefordert, durch Sonder-Militärgerichte in Karachi zu helfen, die Sicherheit wiederherzustellen, und sie hat ihr de facto die Führung der 'Water and Power Development Authority' (WAPDA), der staatlichen Behörde für Wasser- und Elektrizitätsversorgung übertragen. Die Militärgerichte, denen kein Berufungsrecht in der zivilen Rechtsprechung zukommt, wollen jene Terroristen schuldig sprechen, die sich die eingeschüchterten Richter nicht zu verurteilen wagten. WAPDA, der durch Unterschlagung von Strom und Wasser vierzig Prozent ihrer Einnahmen verloren gehen, soll von Armee-Offizieren verwaltet werden, die die Abdichtung dieser Korruptionslecks erzwingen und das Ablesen von Wasser- und Stromzählern durch den Einsatz tausender Soldaten verbessern sollen. Weitere Anfragen richten sich darauf, auch die verlust-

schreibende Karachi-Stahlhütte unter die Verwaltung des Militärs zu stellen, ehe deren Privatisierung erfolgen kann. Die zentrale Steuerbehörde hat es nicht geschafft, die Steuererhebung zu verbessern, was die Regierung dazu zwang, dreißig Prozent mehr Gelder zu leihen, als dies im Staatshaushalt vorgesehen war. Die Regierung wird dadurch in die Situation versetzt, entweder auf Rücklagen zugreifen zu müssen oder durch die Neuausgabe von Banknoten die Geldmenge zu erweitern, um bezüglich der Zinsaufkommen nicht in Verzug zu geraten. Einige Stimmen empfehlen gar, auch die zentrale Steuerbehörde den Militärs zu unterstellen.

Nach dem Zusammenbruch privater Institutionen erscheint die Zuflucht bei der Armee zu belegen, daß diese die einzige noch intakte Institution im Land ist. Bewaffnet mit einem nuklearen Abschreckungspotential gegen externe Ag-

gressoren scheint die Armee bereit und in der Lage zu sein, am nationalen Neuaufbau zu partizipieren. Wird dieses Involviertsein einen Sinneswandel hinsichtlich der Sicherheitspolitik mit sich bringen, die zu der wirtschaftlichen Schiefelage des Staates beigetragen hat? Gehen wir die verschiedenen Szenarien durch, vor denen Pakistan heute steht:

Szenario I: Radikalisierung und Fragmentierung der Armee

Wirtschaftsexperten sind sich darüber einig, daß die aktuelle Finanzkrise nicht behoben werden kann, solange Pakistan nicht radikal die Leitlinien seiner Außenpolitik ändert. Die Verteidigungsausgaben des Landes sind mit sechs Prozent des Brutto sozialprodukts selbst angesichts der Nuklearisierung seiner Bewaffnung und den erfolgten Kürzungen des Verteidigungshaushalts in absoluten



Szenario V: Die Wahrsager arbeiten noch daran ... (Foto: Walter Keller)

Zahlen in den letzten Jahren zu hoch. Die Wirtschaft arbeitet nicht gut genug, um den Militärapparat aus Steuermitteln finanzieren zu können. Der industrielle Sektor siecht weiter vor sich hin und weder interne noch externe Investitionen kamen nach den Nukleartests zustande. Allgemein blieben die Steuereinkünfte hinter den prognostizierten Werten zurück und lassen derzeit keine Anzeichen einer Verbesserung erkennen.

Die Streitkräfte spüren bereits den finanziellen Druck und die Offiziere können nicht länger mit unrealistisch niedrigen Gehältern hingehalten werden. Pakistans Zuflucht beim 'Internationalen Währungsfond' (IWF) ist verflochten mit seiner außenpolitischen Verbindung zu den USA. Welche Hilfe auch immer von Seiten des IWF kommt, sie wird - aus pakistanischer Sicht - die Last des Atomwaffensperrvertrages (CTBT) des Westens mit sich bringen. Sollte Pakistan diesen Vertrag in diesem Jahr unterzeichnen, wird die Regierung der 'Muslim-League' durch die Agitation der religiösen Parteien eventuell ernsthaft destabilisiert werden. Die Non-Proliferationspolitik des Westens wird über den Atomwaffensperrvertrag hinausgehen und wenn Pakistan seine makroökonomischen Eckwerte in diesem Jahr nicht korrigiert, wird es nach 1999 Probleme mit dem IWF zu erwarten haben.

Die Armee wird jeder Änderung der derzeitigen Sicherheitsparadigmen im Wege stehen und es dadurch der Regierung nicht ermöglichen, politisch neue Wege zu gehen.

Wirkliche wirtschaftliche Härten, die seit 1990 durch IWF-Bürgschaften abgewendet wurden, könnten die pakistanische Gesellschaft treffen und die innere Sicherheit zerstören. Es wird zu politischem Druck auf Pakistan kommen, die außenpolitischen Leitlinien dahingehend zu ändern, daß das Kashmir-Problem zurücktritt, der freie Handel mit Indien eröffnet und das hohe Niveau des pakistanischen Verteidigungsetats von sechs Prozent dem indischen von drei Prozent angepaßt wird. Unter diesem Druck wird die pakistanische Regierung zusammenbrechen und von radikalen islamischen Elementen mit Unterstützung der Armee übernommen werden. Dabei ist die Haltung der Armeeführung gegenüber den Islamisten uneinheitlich, womit eine Spaltung der Armeeführung droht. Nach Nawaz Sharif, dessen Regierung als moderat islamisch eingestuft wird, wird in Pakistan solange niemand mehr regieren können, ehe nicht eine islamistische militärische Führung einen radikalen Vertreter zur politischen Kontrolle in Islamabad etabliert hat. Dies wird zu dem radikalen Szenario führen, das manche derzeit voranzutreiben versuchen: eine

Verschmelzung des islamischen Kriegers mit dem professionellen Soldaten. Dieser Kriegerstaat wird durch die Indoktrination des rechten Spektrums untermauert werden. Entfesselt wurde diese Indoktrination durch den Versuch der Regierung Nawaz Sharifs, den Druck von islamistischen Kräften in Pakistan abzuwenden. Daraufhin wird der Staat sein nukleares Potential einsetzen müssen, um wirtschaftlich überleben zu können. Diesem Schritt werden harsche Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Pakistan folgen. In dem Moment, in dem die verschiedenen zentrifugalen Kräfte des Landes wirksam werden, wird Chaos folgen. Dieses Szenario vergleicht Pakistan mit einigen Aspekten der politischen Situation, wie sie in Afghanistan oder Tadjikistan zu beobachten sind.

Szenario II: Die Armee setzt auf die Priorität der nationalen Wirtschaft

Das zweite Szenario sieht vor, daß die Armee nach der Integration ihrer Offiziere in die zivile Regierung ein Bewußtsein für unvorhergesehene wirtschaftliche Ausgaben erlangt. Der Wandel wird in der militärischen Führung stattfinden, da die den zivilen Behörden zugeordneten Militärs dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte gegenüber Bericht

erstellen. Diskussionen über die nationale Wirtschaft werden somit erstmals auf der Grundlage von Insiderinformationen im militärischen Establishment geführt werden. Zunächst mögen nur die administrativen Risse in der zivilen Regierung umgangen werden, aber nach und nach wird die Armee die aktuellen Lasten, welche die nationale Wirtschaft unter den gegenwärtigen Sicherheitsparadigma zu tragen hat, erkennen. Einige Beobachter glauben, daß die Einbeziehung der Armee in den problematischen Teil der nationalen Wirtschaft die strikt militärische Orientierung der Armee zugunsten einer größeren Verantwortlichkeit reformieren wird; ähnlich der der chinesischen Armee, die im Zuge der Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft durch die kommunistische Partei ihre Sicherheitsparadigmen änderte.

Soweit gute Ergebnisse im Rahmen der Übernahme von WAPDA und anderer Institutionen erzielt werden, wird die Armee von Seiten der Vereinigten Staaten ermutigt werden, mehr in den Kategorien der nationalen Wirtschaft als der nationalen Sicherheit zu denken. Diese Denkweise wird sodann Teil der amerikanischen Außenpolitik in Pakistan werden, zuvorderst vertreten durch das 'Pentagon', das die pakistanische Armee auch weiterhin als einen Freund ansehen wird, den man nicht im Stich lassen will. Damit wird der Weg bereitet für ein Umdenken Pakistans hinsichtlich seiner militärischen Position in Südasien und seiner Perzeption der von Indien ausgehenden Bedrohung. Die politische Zielsetzung zugunsten des Atomwaffensperrvertrages wird dadurch befördert, daß man Pakistan militärisch belohnt und seine politische und ökonomische Koexistenz neben seinem Haupttrivalen Indien erleichtert.

Das Problem dieses Szenarios ist es, daß die pakistanische Armee nach der Verbesserung der mikroökonomischen Strukturen sich nicht in der Lage sehen wird, die makroökonomischen Probleme zu verstehen. Wenn die Armee feststellt, daß die Wirtschaft einfach nicht anspringt, so lange nicht fundamentale außenpolitische Veränderungen greifen, wird sie stützen und sich wieder auf ihre "Elfenbeinturm-Position" der nationalen sicherheitspolitischen Paradigmen zurückziehen.

Szenario III: Die Armee und die regionale Unruhe

Wenn die Wirtschaftskrise zunimmt, mag die Regierung auf der einen Seite von religiösen Parteien und auf der anderen Seite von regionalen Bewegungen zur Erlangung der Unabhängigkeit herausgefordert werden. Die 'Pakistan People's Party' (PPP) wird nicht damit fort-

fahren, sich an die Wand drücken zu lassen und mag sich dafür entscheiden, die Führerschaft der unterdrückten Nationalitäten zu übernehmen. Bislang hat sich die Partei jeder Verpflichtung gegenüber der Bewegung unterdrückter Nationalitäten Pakistans (PONM), enthalten, sie erscheint jedoch willig, diese in die Reihen der von ihr angeführten generellen Anti-Regierungsfront zu integrieren. Es muß jedoch festgehalten werden, daß die vage Allianz mit der religiösen Partei von Allama Tahirul Qadri auf der einen und PONM auf der anderen Seite derzeit sich nicht als besonders stabil erweist. Einige Analytiker sind jedoch geneigt zu glauben, daß Benazir Bhutto entscheiden wird, die abbröckelnden regionalen Bewegungen im Sindh, in der North West Frontier Province und in Beluchistan gegen den Punjab anzuführen.

In diesem Fall wird das Militär in der Lage sein, den notwendigen internen Zusammenhalt aufzubauen und zusammen mit dem Punjab die im Gefolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs aufkommende Unruhe zu unterdrücken. Es ist schwer, sich die Konsequenzen einer solchen Entwicklung vorzustellen. Indem sie sich der säkularen Agitationen enthalten, werden die Islamisten in Islamabad als ein Machtfaktor emporkommen, den die Armee nicht ignorieren kann. Auf der anderen Seite ist die Armee nicht dazu in der Lage, einen landesweiten Aufstand in den Griff zu bekommen, wenn dieser die ersten Gegenschläge übersteht, und es im Lande zu gären beginnt. Die Armee hat die verschiedenen Gegenmaßnahmen gegen die Unruhen in Beluchistan unter Zulfikar Ali Bhutto und im Sindh unter Zia ul-Haq verdaut und wird wohl jegliches großdimensionierte Engagement vermeiden, wenngleich Bedrohungen von jenseits der internationalen Grenzen spürbar bleiben.

Szenario IV: Die Konspirationstheorie und die Armee

In Kreisen, die auf den Eintritt der Armee in die zivile Regierung negativ reagierten, wurde eine komplizierte Konspirationstheorie erdacht. Die Amerikaner sind danach entschlossen, die pakistanische Armee zu zerstören, weil diese deren Non-Proliferationspolitik in Südasien behindert. Daß der IWF trotz der Übernahme der WAPDA durch die Armee zustimmte, für Pakistan zu bürgen, belegt danach, daß der Plan mit dem Segen der Amerikaner gemacht wurde. Man nimmt an, daß Premierminister Nawaz Sharif grünes Licht von Washington bekam, ehe er die Armee zur Übernahme der WAPDA aufrief. Die Offiziere, die mit den zivilen Institutionen verbunden sind, werden schon

bald der Korruption anheimfallen und damit den Prozeß des Niedergangs in den Streitkräften initiieren. Jene Offiziere aber, die nicht zur Mithilfe in der zivilen Regierung aufgefordert wurden, werden dies jenen übelnehmen, die einen solchen "lukrativen Job" erhalten haben. Die Kritik zielt ab auf den unter Offizieren verbreiteten Trend, für den Schritt aus der Armee heraus zu optieren und durch die Übernahme eines Amtes an der Geheimdienstakademie in die zivile Bürokratie hinüberzuwechseln. Dieser Trend hat die Korruption sehr gestärkt, ohne die Funktionsweise jener zivilen Behörden zu verbessern, denen die Militärs beigetreten sind. Die Armee wird sich schließlich derartig diskreditieren, daß es ihr an innerem Zusammenhalt fehlen wird, um der amerikanischen politischen Zielsetzung erfolgreich zu widerstehen. Die schwache militärische Führung hat seit 1990 davor zurückgeschreckt, wichtige Entscheidungen zu treffen und so der Regierung zu helfen. General Jehangir Karamat blieb unverbindlich, als er von Premierminister Nawaz Sharif in der heißen Phase vor den pakistanischen Atomtests vom 28. Mai 1998 konsultiert wurde und signalisierte mit seinem Festhalten an den alten Sicherheitsparadigmen das Widerstreben der militärischen Führung gegenüber der Option des Premierministers, die Tests nicht durchzuführen. Daher besteht die "neue Politik", wie sie sich die Konspirationstheoretiker vorstellen, darin, die Armee in Aufgaben einzubinden, die sie durch einen Entscheidungsprozess nicht dazu nötigen, nur nach ihrem eigenen Willen zu handeln.

Konspirationstheorie hin oder her - Tatsache ist, daß sich Pakistan gezwungen sieht, die Armee zur Bewältigung ziviler Aufgaben zu Hilfe zu rufen. Das Land hofft, das Militär sobald als möglich wieder in die Kasernen zurückschicken zu können und die Konsequenzen einer massiven zivilen Überbesetzung in der WAPDA abzuwenden, indem man schnell die Privatisierung abschließt.

(Der Autor ist einer der führenden politischen Analytiker des Landes; Übersetzung: Thomas Hoffmann)

Premier Vajpayee in Pakistan

Zum Besuch von Premierminister Vajpayee bei seinem pakistanischen Amtskollegen Sharif in Lahore siehe die Berichterstattung im Südasien-Teil dieser Ausgabe.